

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

19.11.2021

Inhalt

EWN

1 Ausgesetzte Zertifizierung und weitere Auflagen: Absehbar kein russisches Gas durch Nord Stream 2 <i>Ostsee-Zeitung.de, 18.11.2021</i>	3
2 Bill Gates baut sein erstes Atomkraftwerk <i>t3n.de, 18.11.2021</i>	5
3 Deutschlands riskanter Sonderweg <i>DIE WELT, 20.10.2021</i>	7

Ausgesetzte Zertifizierung und weitere Auflagen: Absehbar kein russisches Gas durch Nord Stream 2

Auch nach Fertigstellung der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 reißen die Probleme nicht ab. Die Bundesnetzagentur hat ein wichtiges Zertifizierungsverfahren vorerst ausgesetzt – und erteilt Auflagen.

Bonn/Rostock Schon der Bau war wegen des Widerstands aus den USA schwierig. Schwierig bleibt es auch nach Fertigstellung der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2: Nun hat die Bundesnetzagentur ein Zertifizierungsverfahren vorerst ausgesetzt. Ohne grünes Licht von der Bonner Behörde ist der Gastransport durch den 1230 Kilometer langen Doppelstrang von Russland durch die Ostsee nach Deutschland unzulässig.

Hintergrund des Verfahrens ist die EU-Gasrichtlinie, die eine Trennung von Betrieb der Leitung und Vertrieb des Gases vorschreibt. Einziger Anteilseigner der Nord Stream 2 AG ist formal der russische Gaskonzern Gazprom. Die Nord Stream 2 AG mit Sitz im schweizerischen Zug hatte bei der Bundesnetzagentur die Zertifizierung als unabhängige Betreiberin beantragt.

Gründung einer Tochterfirma mit Sitz in Deutschland

„Die Bundesnetzagentur ist nach eingehender Prüfung der Unterlagen zu dem Ergebnis gelangt, dass eine Zertifizierung eines Betreibers der Leitung Nord Stream 2 nur dann in Betracht kommt, wenn der Betreiber in einer Rechtsform nach deutschem Recht organisiert ist“, teilte die Behörde nun mit. Dem will das Unternehmen mit der Gründung einer Tochterfirma mit Sitz in Deutschland entsprechen. „Unser Unternehmen will mit diesem Schritt die Einhaltung von geltendem Recht und Richtlinien gewährleisten“, hieß es am Dienstag.

Laut Behörde soll die Tochterfirma Eigentümerin des deutschen Teilstücks der Pipeline werden und dieses betreiben. Sie müsse als neue Antragstellerin entsprechende Unterlagen einreichen, bevor das Zertifizierungsverfahren weitergehen kann.

Die viermonatige Frist für das Verfahren wäre eigentlich im Januar abgelaufen. Die Zeit, für die das Verfahren ausgesetzt ist, wird aber nicht gezählt. Die verbleibende Frist von weniger als zwei Monaten zählt erst

wieder ab Wiederaufnahme des Verfahrens.

Weitere Überprüfung durch die EU-Kommission

Selbst wenn die Bundesnetzagentur grünes Licht gibt, ist anschließend eine Überprüfung durch die EU-Kommission vorgesehen. Diese könnte sich bis zu vier Monate dafür Zeit lassen - auch weil der politische Druck von Pipeline-Gegnern innerhalb der EU groß ist. Nach der Stellungnahme aus Brüssel hat wiederum die Bundesnetzagentur zwei Monate Zeit für eine etwaige Zertifizierung.

Das Bundeswirtschaftsministerium bezeichnete die Entscheidung aus Bonn als richtig. Es handle sich um rein regulatorische Fragen, sagte eine Sprecherin. Vorbehaltlich weiterer Prüfungen berühre dies nicht die Einschätzung des Ministeriums bezüglich der Versorgungssicherheitsanalyse. Das Ministerium war zum Ergebnis gekommen, dass die Erteilung einer Zertifizierung für Nord Stream 2 die Sicherheit der Gasversorgung Deutschlands und der EU nicht gefährde.

Der Fraktionsvizechef der Grünen im Bundestag, Oliver Krischer, sagte der „Rheinischen Post“ (Mittwoch): „Die Bundesnetzagentur prüft nach Recht und Gesetz - und das ist auch gut so“. Der FDP-Experte Hagen Reinhold forderte das Unternehmen auf, rasch seine Hausaufgaben zu machen. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sagte, die Pipeline sei eine Infrastruktur zur Energieversorgung, deren Inbetriebnahme „auf Sicht“ ermöglicht werden solle. Er halte aber mehr Wettbewerb im Gasbereich für wichtig. So sollte der Anteil von US-Flüssiggas deutlich erhöht werden. Der Bundestagsabgeordnete der Linken, Klaus Ernst, kritisierte hingegen, die Entscheidung treibe die Gaspreise weiter an. Diese seien teilweise um zehn Prozent gestiegen.

Freude in der Ukraine

Von ukrainischer Seite wurde die Aussetzung zwar als „gute Nachricht“ begrüßt. Gleichzeitig warf der Geschäftsführer des ukrainischen Staatskonzerns Naf-

togaz, Jurij Witrenko, Gazprom mit der Gründung einer deutschen Tochterfirma „juristische Tricks“ vor. „Dies ist eine Verhöhnung der europäischen Regeln: Es entspricht weder dem Geist noch dem Wortlaut der europäischen Gesetzgebung zur Zertifizierung von Gasleitungen.“ Naftogaz und die ebenfalls staatliche Betreiberfirma des ukrainischen Gastransportsystems waren tags zuvor eigenen Angaben zufolge von der Bundesnetzagentur zum Zertifizierungsverfahren beigeladen worden. Im wichtigen Transitland für russisches Gas wird die Ostsee-Pipeline kritisch gesehen.

Die Nord Stream 2 AG bemüht sich gerichtlich, die Zertifizierung überflüssig zu machen. Das Unternehmen geht vor dem Bundesgerichtshof, einem Schiedsgericht sowie dem EuGH gegen entsprechende Regeln der EU-Gasrichtlinie oder deren Geltung für die Pipeline vor. Nach seiner Ansicht diskriminiert eine maßgebliche Änderung der Richtlinie das Projekt. Sie war 2019 - also nach Baubeginn - in Kraft getreten.

Fertig seit Februar

Gazprom hatte im September dieses Jahres die Fertigstellung der Leitung bekanntgegeben. Die Pipeline wurde je zur Hälfte von Gazprom und den Unternehmen OMV, Wintershall Dea, Engie, Uniper und Shell finanziert. Durch die Pipeline sollen jährlich 55 Milliarden Kubikmeter Gas geliefert werden.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) begrüßte die Entscheidung der Bundesnetzagentur. Sie scheiterte am Dienstag vor dem Oberverwaltungsgericht Greifswald mit einer Klage gegen das Bergamt Stralsund als Genehmigungsbehörde. Die DUH wollte erwirken, dass mögliche Emissionen des Treibhausgases Methan im Zusammenhang mit der Pipeline überprüft werden und verwies vor allem auf mögliche Leckagen beim vorausgehenden Gastransport und der Förderung in Russland. Das Gericht verwies auf bereits erfolgte Kontrollen im deutschen Hoheitsbereich. Russland sei hingegen nicht Teil des zugrundeliegenden Planfeststellungsverfahrens.

 t3n.de | 18.11.2021

 WEBLINK

Bill Gates baut sein erstes Atomkraftwerk

Der erste Reaktor der Firma Terrapower, dessen Vorstandsvorsitzender Bill Gates heißt, wird im Örtchen Kemmerer im US-Bundesstaat Wyoming gebaut. Er soll das Potenzial der Technologie beweisen.

Das US-amerikanische Kernkraftunternehmen Terrapower hat in dieser Woche den Standort für seinen ersten sogenannten Natrium-Reaktor bekannt gegeben. Mit einer Förderung des US-Energieministeriums über 180 Millionen US-Dollar soll ein in Schließung befindliches Kohlekraftwerk im 2.500-Seelen-Dörfchen Kemmerer umgebaut werden. Unter anderem wird dort Terrapowers erster Natrium-Reaktor mit einer Dauerleistung von 345 und einer Spitzenleistung von 500 Megawatt entstehen. Geplant ist eine Inbetriebnahme spätestens im Jahr 2028.

Bill Gates will bestmöglichen Kompromiss aus Leistung und Sicherheit

Das Projekt „Natrium“, wie Terrapower seinen Kernreaktor nennt, soll verschiedene Probleme der Energiewende einer Lösung zuführen. Ausgangspunkt der Überlegungen ist der unumstrittene Fakt, dass die Stromerzeugung per Kernkraft CO₂-neutral ist, also keine klimaschädlichen Emissionen verursacht. Fakt ist aber ebenso, dass die Kernkraftnutzung im Schadenfall zu Katastrophen führt und selbst im Regelbetrieb nachhaltig schädlich bleibende Stoffe erzeugt, die einer sicheren Lagerung zugeführt werden müssen.

Der Terrapower-Reaktor bemüht sich um einen tragfähigen Kompromiss. So setzt er auf eine kleinstmögliche Brennelementausstattung und kühlt den Reaktor nicht mit Wasser, sondern mit flüssigem Natrium. Anders als Wasser bleibt Natrium selbst bei über 800 Grad Celsius nahezu drucklos, sodass es zu keinen Verpuffungsschäden, die den Reaktor destabilisieren würden, kommt – wenn und solange der Kontakt des Natriums mit Wasser oder Luft vermieden werden kann.

Energiespeicher integraler Bestandteil des Reaktors

Erstmals ist ein Energiespeichersystem mitgedacht,

das einen Teil der erzeugten Energie in geschmolzenem Salz speichern kann, um damit später Wasser zu erwärmen und per Dampfturbine Strom zu erzeugen. Tatsächlich erwärmt der Reaktor immer nur das geschmolzene Salz, sodass eine direkte Dampferzeugung überhaupt nicht stattfindet.

Das soll mehr Flexibilität bei der Integration erneuerbarer Energien bringen. So könnte etwa Sonnen- und/oder Windkraft bei Bedarf ergänzt werden. Wenn die Erneuerbaren über den Tagesverlauf genügend Energie liefern, kann der Natrium-Reaktor Leistung herunterfahren, wobei ein Teil der bereits produzierten Energie in geschmolzenem Salz gespeichert bliebe. Die würde dann aktiviert, wenn der Strombedarf der zu beliefernden Region anders nicht gedeckt werden kann.

Natrium-Reaktoren haben sich nicht durchgesetzt – bislang

Für den Experimentalreaktor hat sich Terrapower die Spezialisten von GE Hitachi Nuclear Energy und mit Bechtel einen der größten Anlagenbauer der USA an Bord geholt. Am Bau des Terrapower-Kraftwerks sollen bis zu 2.000 Ortskräfte beteiligt werden.

Die Technologie ist nicht in allen Punkten neu, was ihre Kritiker gerne betonen. So fand etwa die Verwendung von Natriumkühlmittel in den USA nur in wenigen Reaktoren statt. Der letzte dieser Reaktoren wurde 1965 gebaut, der letzte in Betrieb befindliche Reaktor wurde 1994 stillgelegt. Gates Firma sieht in natriumgekühlten Reaktoren vor allem deshalb die Zukunft, weil sie im Gegensatz zu wassergekühlten Reaktoren die durch Spaltungsreaktionen erzeugten Neutronen nicht verlangsamen. Dadurch sind diese sogenannten „schnellen Reaktoren“ in der Lage, eigentlich unbrauchbare Isotope zu Brennstoff umzuwandeln. Sie sind also theoretisch effektiver in der Nutzung des Materials, müssen seltener nachgefüllt werden und lassen weniger Abfall zurück.

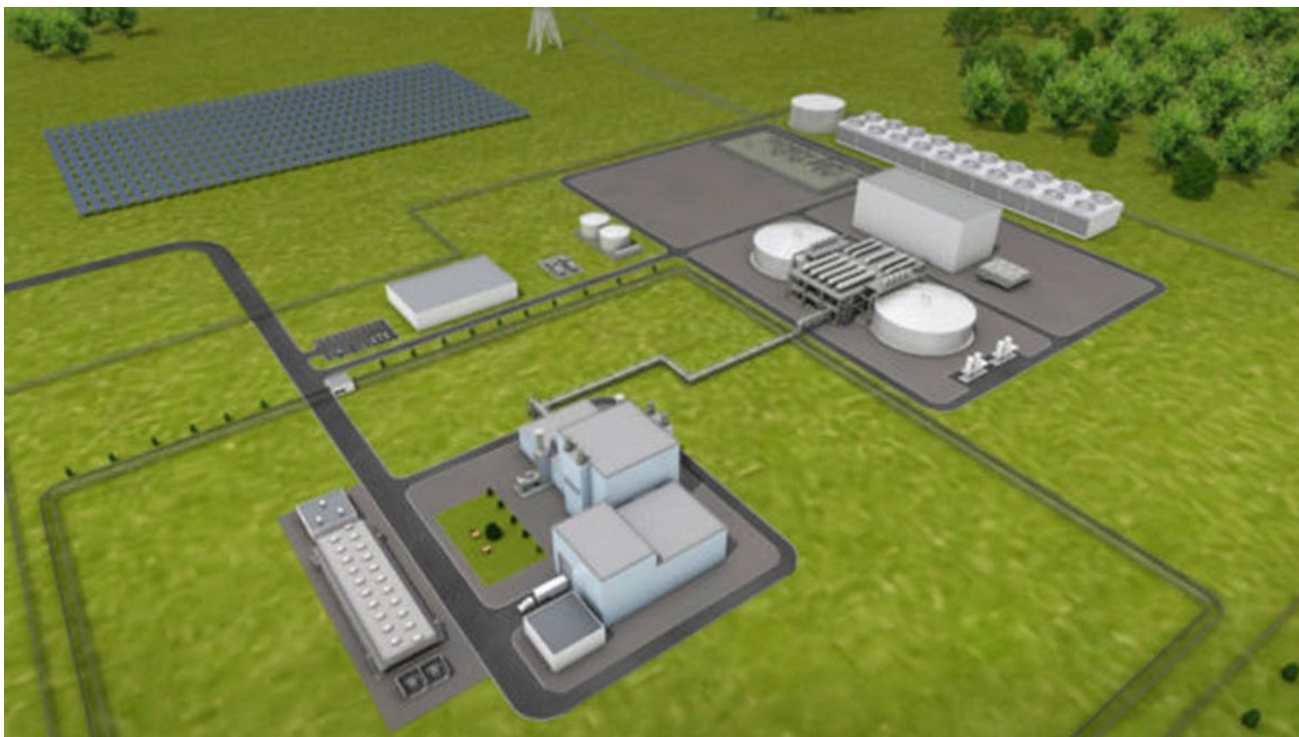


Bild: Grafisches Modell des Reaktors.

(Quelle: Terrapower)

DIE WELT | 20.10.2021 | S. 2

Auflage: 61.846 | Reichweite: 606.394

Axel Bojanowski

Deutschlands riskanter Sonderweg

Raus aus der klimaschonenden Kernkraft, rein in klimaschädliches Erdgas - der deutsche Atomausstieg ist das Ergebnis fehlender Debatten. Eine kleine Chance für die Kernkraft gibt es noch, aber wieder traut sich niemand, darüber zu sprechen

Die Bürde ihrer Energiewende-Pläne will die neue Bundesregierung in spe, so scheint es, auf künftige Generationen schieben. Deutschland hat sich die schärfsten Klimaziele aller Industrieländer auferlegt, um ein Zeichen zu setzen, gegen die globale Erwärmung, was eigentlich den Nachfahren zugutekommen soll. Indes: Der geplante Radikalumbau der Energieversorgung in Deutschland würde unvergleichlich hohen Aufwand und politische Risiken bedeuten.

Eigentlich könnte Deutschland den Übergang von fossilen Energien zu erneuerbaren mit Bedacht betreiben wie alle anderen großen Industrieländer, die entweder auf Kernkraft oder Wasserkraft setzen, um schwankender Wind- und Solarenergie verlässliche Stromquellen zur Seite zu stellen, die klimaschonend sind. Mangels Potenzials für Wasserkraft blieb Deutschland die Kernkraft, die hierzulande konstant wesentliche Mengen Strom erzeugt.

Doch Deutschland steigt nächstes Jahr aus der Atomkraft aus, klimaschädliche Kohlekraftwerke hingegen laufen weiter, wohl mindestens bis 2030. Auch Gaskraft befördert die globale Erwärmung, sie erzeugt klimaschädliches CO₂. Die Bundesregierung in spe hat angekündigt, Gaskraftwerke als Ersatz für Atomkraftwerke bauen zu wollen, um weiterhin verlässlich Strom produzieren zu können; gigantische Kosten sind programmiert. Gas statt Kernkraft erhöht Deutschlands Abhängigkeit vom Ausland, etwa von Russland, das Gas liefern soll - was ebenfalls Risiken für nachfolgende Generationen bedeutet.

Umweltschützer protestieren: Das Abschalten der Kernkraftwerke entspreche dem Abriss aller deutschen Fotovoltaikanlagen oder 15.000 Windkraftanlagen, rechnet der Verband Ökomoderne vor. Per Offenem Brief fordert zudem ein Zusammenschluss prominenter Umweltschützer von der Bundesregierung eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten. Minister einiger EU-Staaten haben in einem Aufruf ebenfalls den

Einsatz von Kernkraft gefordert.

Politiker in Deutschland indes wagen es nicht, eine Verlängerung der Laufzeiten nur zu diskutieren. WELT sprach in den vergangenen Tagen mit einflussreichen Politikern und Wissenschaftlern, die unisono sagten, öffentliches Eintreten für Atomkraft wäre hierzulande "zu riskant". Ein Politiker, der Kernkraft favorisiert, sah eine letzte Chance für eine Verlängerung der Laufzeiten: Sollte die Bundesnetzagentur entscheiden, das Abschalten der AKWs sei nicht mit der Versorgungssicherheit des Landes in Einklang zu bringen, würde der Bundesregierung sozusagen qua höherer Gewalt eine Brücke gebaut für den vorläufigen Weiterbetrieb der Kernkraftwerke.

Dass sich Deutschland mit dem Atomausstieg ohne Not auf einen riskanten Sonderweg begibt und sich seiner bewährtesten Energiequelle beraubt, ist Folge schweren Diskursversagens. Die AKW-Debatte hierzulande bestätigt den Wissenschaftsforscher Steve Rayner von der Oxford University, der mit seiner "Uncomfortable Knowledge"-Theorie dargelegt hat, dass das Ignorieren "unbequemen Wissens" Kernproblem politischer Debatten ist, weil falsche Gewissheiten vertuscht werden. Medienforschung hat dokumentiert, dass nach dem 2011 spontan beschlossenen Atomausstieg in Deutschland die Probleme des Vorhabens kaum thematisiert wurden. Dabei hatte die Reaktor-Kommission der Bundesregierung 2011 in einem Sondergutachten festgestellt, dass der Anlass des Atomausstiegs, die Tsunami-Katastrophe im japanischen Fukushima, "in Deutschland praktisch ausgeschlossen ist", deutsche AKW zudem sicherer wären als die Anlagen in Fukushima.

Doch Journalisten hierzulande hatten sich laut Untersuchungen des Medienforschers Hans Mathias Kepplinger von der Universität Mainz bereits in einer Umfrage ein Jahr vor der Fukushima-Katastrophe zu 85 Prozent gegen eine Verlängerung der Laufzeiten deut-

scher Kernkraftwerke ausgesprochen. "Der Reaktorunfall bot der Bundeskanzlerin die Gelegenheit, sich an die Spitze eines Wandels der Atompolitik zu stellen", heißt es in einer Analyse des Atomausstiegs von einer Gruppe um Hans-Jürgen Weiß von der Freien Universität Berlin. Kanzlerin Angela Merkel klang mit ihrem spontan angekündigten Atomausstieg der politischen Konkurrenz einen Trumpf: "Uns wurde natürlich der Boden weggezogen in dem Moment, als Frau Merkel entschieden hat, jetzt gibt es erst mal ein Moratorium", erzählte Jürgen Trittin von den Grünen, ein Vorkämpfer für den Atomausstieg.

2014 stellte ein Untersuchungsbericht der Vereinten Nationen fest, dass es zweifelhaft sei, ob überhaupt ein Mensch aufgrund der Strahlung aus den im Tsunami havarierten Reaktoren in Fukushima starb oder noch sterben wird. In Deutschland sei der Report "von fast allen Medien totgeschwiegen worden", hat Kepplinger ermittelt. Wer hingegen wagte zu betonen, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien ohne Kernkraft problematisch würde, erlebte schwere Angriffe. Das ahnte wohl auch die inoffizielle Energiewende-Chefberaterin der Bundesregierung, Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, die nach dem Atomausstieg ihre Haltung zur Kernkraft änderte und der Regierungslinie anpasste.

Andere wie der Kernkraftexperte Rainer Moormann, die den Atomausstieg weiterhin kritisierten, sollten aus dem Diskurs gedrängt werden. Die Chefin des "Atommüllreports" entließ Moormann aus dem Verband, der das Wissen über Atommüll zusammentragen soll. Der "Spiegel" verunglimpfte Atomkraftbefürworter 2020 gar pauschal als Handlanger einer Industrielobby und als politisch rechts, was auf einen Großteil der Kernkraft-Anhänger nicht zutrifft. Die politisch links stehende Technikhistorikerin Anna Veronika Wendland, die Kernkraft vor allem wegen des Klimaschutzes befürwortet, wurde von "Übermedien", einem Portal für Medienkritik, wegen ihrer Atomausstieg-Kritik in die rechte Klimaleugner-Ecke

gestellt. Das Risiko solcher Brandmarkungen scheint zu wirken: Selbst in der FDP, in der es zahlreiche Kernkraft-Befürworter gibt, traut sich niemand mehr einen Vorstoß, die Laufzeiten der verbliebenen Reaktoren angesichts der aktuellen Energieprobleme zu verlängern.

Das Debattenklima ist längst vergiftet: Kepplingers Medienanalysen haben gezeigt, dass in deutschen Medien schon seit den 1970er-Jahren kaum noch Wissenschaftler zu Wort gekommen sind, die sich positiv über Atomkraft äußern. Während der Reaktorunfall von Tschernobyl 1986 in Deutschland die Abneigung gegen Kernkraft etablierte, reagierten Medien etwa in den USA und Frankreich anders. In Frankreich sei der Reaktorunfall als Folge eines spezifischen Problems in der Sowjetunion begriffen worden, in Deutschland hingegen als eine Bestätigung etablierter Ängste.

Auch die Katastrophe von Fukushima hätten deutsche Medien im Gegensatz zum Ausland nahezu unisono auf Deutschland übertragen, berichtet Kepplinger. Während sich britische und französische Medien vor allem mit dem Reaktorunfall in Japan selbst beschäftigten, hätten deutsche Medien zumeist die vermeintliche Relevanz des Reaktorunfalls für das eigene Land beschrieben und vorwiegend jene Experten zu Wort kommen lassen, die den Glauben an einen notwendigen Atomausstieg bestätigten. Deutsche Medien hätten nach Fukushima zwischen neunmal und achtzehnmal so viele Forderungen nach einem Atomausstieg erhoben wie Medien in Großbritannien und Frankreich, stellten Medienforscher der TU Ilmenau fest.

Die Nachbarländer vertrauen auf Atomkraft. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron kündigte gerade Investitionen seines Landes in neue Kernreaktoren an - die Grünen in Frankreich haben dem Plan zugestimmt. Auch Polen will neuerdings Atomkraftwerke bauen. China, Russland und die USA setzen auf Kernkraft, ebenso Japan - trotz Fukushima.